

2. Forschungsstand

Im Folgenden stelle ich in Abschnitt 2.1 zunächst einige Ergebnisse von aktuelleren empirischen Forschungsarbeiten zum Forschungsthema vor. In Abschnitt 2.2 führe ich Theoriekonzepte auf, um zu zeigen, unter welchen theoretischen Vorannahmen meine eigenen Untersuchungen stattgefunden haben. In Abschnitt 2.3 erkläre ich abschließend einige zentrale Begriffe, die für das Verständnis des Forschungsthemas relevant sind.

2.1 Forschung zu Protest und demokratischer Selbstorganisation in Griechenland (2008–2015)

Zu den Krisenprotesten und Formen demokratischer Selbstorganisation in Griechenland (2008–2015) sind in den letzten zwölf Jahren eine Reihe empirischer Studien und Forschungsarbeiten publiziert worden, die sich überwiegend auf den Untersuchungszeitraum 2008–2012 fokussieren. Ein Teil dieser Arbeiten untersucht vorrangig die Protestformen, sowie die Zusammensetzung der Krisenproteste (Psimitis 2011; Malamatinas 2011; Sergi/Vogiatzoglou 2013; Kanellopoulos et al. 2017), während ein anderer Teil sich auf die Erforschung von selbstorganisierten Projekten und Initiativen konzentriert (Mittendrein 2013; Petropoulou 2013; Daskalaki/Kokkinidis 2017; Backes et al. 2018). Was den meisten dieser Forschungsarbeiten dabei fehlt, ist eine umfassende Untersuchung, die die Relationen zwischen den Krisenprotesten, sozialen Bewegungen und den gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozessen (2008–2015) fokussiert. Solch eine Untersuchung wird in dieser Arbeit vorgenommen. Sie ist, so denke ich, hilfreich, um die Entstehung und Verstetigung selbstorganisierter Strukturen in Griechenland (2008–2015) zu erklären.

Die im Rahmen meiner Masterarbeit durchgeführten Untersuchungen führten zumindest mit Blick auf den Protestzyklus 2008–2009 zu einigen Erkenntnissen, die auf einen engen Zusammenhang von Protest, sozialen Bewegungen und der Entstehung langfristiger Strukturen hindeuten. So ergaben meine sich auf Dokumentenanalysen und qualitative Befragungen von Protestbeteiligten stützenden empirischen Untersuchungen, dass in direkter Folge der Dezemberproteste 2008 langfristige Strukturen

entstanden sind. Auch wenn mehrere Publikationen auf die Zusammenhänge zwischen den Dezemberprotesten und den 2009 entstandenen selbstorganisierten Projekten hinweisen (Schwarz et al. 2010; Dalakoglou/Vradis 2011b; Petropoulou 2010), bleiben die Zusammenhänge zwischen den Protesten und Selbstorganisationsprozessen weitgehend unerforscht. Ähnlich verhält es sich mit Blick auf die Krisenproteste und demokratischen Selbstorganisationsprozesse nach 2009. Einige Forschungsarbeiten zur Platzbewegung 2011 verweisen darauf, welchen Einfluss die Bewegung auf die Entstehung selbstorganisierter Projekte hatte. So seien in direkter Folge der Platzbewegung eine große Zahl selbstorganisierter Nachbarschaftsversammlungen und selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen gegründet worden (Mittendrein 2013: 184; Sitrin/Azzellini 2014: 96–100; Tsomou 2014a; Petropoulou 2013: 72; Arampatzi 2017: 2158; Mullis 2017: 165–166). Eine intensivere analytische Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen der Platzbewegung 2011 und der Entstehung der Projekte bleibt in diesen Forschungsarbeiten sowie im Allgemeinen allerdings weitgehend aus. Insbesondere der Einfluss der Platzbewegung 2011 auf die Selbstorganisationsprozesse in den Betrieben bleibt, zumindest im Bestand deutsch- und englischsprachiger Forschungsarbeiten, bis auf wenige im Folgenden aufgeführte Einzelfallanalysen unerforscht. So stellen die Forschungsarbeiten von Margarita Tsomou (2014c) und Daniel Mullis (2017: 174–175) am Beispiel des griechischen TV- und Radiosenders ERT dar, wie 2013 aus einem unbefristeten Streik ehemaliger Angestellter die Besetzung und Selbstverwaltung des Senders hervorging. In der Forschungsarbeit von Marina Sitrin und Dario Azzellini (2014: 113–118) wird der zwischen 2011 und 2012 selbstorganisierte unbefristete Arbeitsstreik von Mitarbeiter*innen der griechischen Tageszeitung *Eleftherotypia* entlang von Interviews mit den Streikenden dargestellt. Der zwischen 2011 und 2013 erfolgte unbefristete Arbeitsstreik von Beschäftigten der ehemaligen Baustofffabrik *Viomichaniki Metalleutiki* (Vio.Me.) und die daraus hervorgehende Selbstverwaltung der Fabrik ab 2013 waren zudem Gegenstand mehrerer Dokumentarfilme, die die Entwicklung und die Arbeits- und Organisationsweise von Vio.Me. entlang von Interviews mit ihren Mitgliedern beschreiben (Alterthess 2013; Diakoptes 2013; Brandon/Maeckelbergh 2013; Azzellini/Ressler 2015).

Bis auf die genannten Forschungsarbeiten und Filmbeiträge, die sich auf die Analyse weniger Fallbeispiele fokussieren, fehlen Forschungsarbeiten, die die Krisenproteste und Selbstorganisationsprozesse in Griechenland (2008–2015) umfassend analysieren und als »Praktiken in einem gemeinsamen Rahmen gesellschaftlicher Transformationsstrategien« einordnen (Azzellini 2016: 87). Stattdessen wird die Entstehung von Formen demokratischer Selbstorganisation in vielen Studien und Forschungsarbeiten vor allem in Zusammenhang mit einer infolge der Krisenpolitik zugenommen sozialen Not interpretiert (Mittendrein 2013: 109–113; Petropoulou 2013: 72–73; Rakopoulos 2014: 318; Sotiropoulos/Bourikos 2014: 43–44; Arampatzi 2016: 2158; Daskalaki et al. 2018: 3; Backes et al. 2018: 63). Tatsächlich zeigen die Untersuchungsergebnisse dieser Studien, dass sich insbesondere zwischen 2011 und 2012, als die Folgen der Krisenmaßnahmen für breite Bevölkerungsteile immer deutlicher zu spüren waren, die Zahl selbstorganisierter Nachbarschaftsversammlungen und Solidaritätsinitiativen landesweit vervielfachte. Wie diese Arbeit jedoch zeigen möchte, ist die Entstehung der zwischen 2008 und 2015 gegründeten selbstorganisierten Initiativen und selbstverwalteten Betrieben nicht allein auf die

Ausbreitung sozialer Not zurückzuführen. Solch eine begrenzte Betrachtungsweise resultiert möglicherweise aus einer Forschungsperspektive, die die untersuchten Projekte in den Bereich der »solidarischen Ökonomie«¹ einbettet. Häufig berufen sich Vertreter*innen der solidarischen Ökonomie auf eher abstrakte, utopische Gesellschaftsentwürfe der frühindustriellen Ära (Owen 1970; Fourier 1971; Morus 2009; Campanella 2023). Daher neigen sie, ähnlich wie die meisten Vertreter*innen von »Commons-Theorien«² dazu, alternative Gesellschaftsformen nicht in Relation zu Protesten und sozialen Bewegungen zu analysieren.

Trotzdem liefern die oben genannten empirischen Studien wichtige Erkenntnisse über die Arbeitsweise und damit über die transformatorischen Potentiale der verschiedenen, zwischen 2008 und 2012 in Griechenland entstandenen langfristigen Strukturen. So weisen mehrere Studien daraufhin, dass zwischen 2011 und 2012 eine Vielzahl selbstorganisierter Projekte und Initiativen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen in Griechenland entstanden ist, von Nahrungsversorgung und -distribution (Rakopoulos 2013, 2014, 2015, 2016), bis hin zu den Bereichen Kultur, Gesundheit, Bildung, Recht, Arbeit, Sozialökonomie (Petropoulou 2013; Sotiropoulos/Bourikos 2014; Tsomou 2014a; Kousis et al. 2016) und Tauschhandel (Sotiropoulou 2012). Einige größer angelegte empirische Studien identifizieren dabei mehrere Merkmale, die die untersuchten Projekte und Initiativen kennzeichnen, darunter Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen, Bezug zur sozialen, ökonomischen und politischen Krise, horizontale Organisationsweise und direktdemokratische Entscheidungsprozesse in regelmäßig stattfindenden Versammlungen, Selbstverwaltung, Bedürfnisorientierung, Partizipation in Aktionen außerhalb des Projekts, Wunsch nach einer anderen Form von Gesellschaft (Petropoulou 2013: 75; Azzellini/Sitrin 2014: 103–107; Kousis et al. 2016: 51; Backes et al. 2018: 70). Einige Studien thematisieren zudem die theoretischen und ideologischen Hintergründe der selbstorganisierten Initiativen. So untersucht Chryssanthi Petropoulou (2013: 75–78) in ihrer Studie zu solidarökonomischen Projekten in Griechenland im Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2012 62 Projekte, darunter Nachbarschaftsversammlungen, selbstverwaltete Sozialzentren, »solidarökonomische Kollektive« und »Arbeiter*innengenossenschaften«. Petropoulou kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten der untersuchten Projekte vielmehr »einem kollektiven Bedürfnis« und weniger einer »theoretisch strikten politischen Affiliation« entstammen (Petropoulou 2013: 62). Trotzdem verfügen viele der untersuchten Projekte über einen ideologischen Hintergrund. So stellt Petropoulou fest, dass selbstverwaltete Sozialzentren vor allem von »marxistischen«, »anarchistischen« und »libertären« Theorien inspiriert sind, während die solidarökonomischen Projekte und die Arbeiter*innengenossenschaften von utopischen Ansätzen, den »Zapatistas« sowie von »Postwachstumstheorien« beeinflusst sind (Petropoulou 2013: 76–78).

- 1 Der Begriff Solidarische Ökonomie bezieht sich auf »Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen« (Notz 2011: 119, s.a. Giegold/Embschhoff 2008: 12). Außerhalb von Deutschland ist der »Wirtschaftssektor der Solidarischen Ökonomie mit seinen Betrieben und Projekten längst selbstverständlicher Teil der altermondialistischen Bewegung« (Giegold/Embschhoff 2008: 15). Für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Begriff der Solidarischen Ökonomie siehe Voß (2010).
- 2 Für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Begriff der Commons siehe Helfrich/Bollier (2019).

Lisa Mittendrein (2013) befasst sich in ihrer Forschungsarbeit ebenfalls mit solidar-ökonomischen Projekten in Griechenland im Untersuchungszeitraum 2008 bis 2011. Mittendrein analysiert die Initiativen im Rahmen von sieben Fallstudien, darunter zwei Agrarprojekte, ein selbstverwaltetes Sozialzentrum, ein selbstverwalteter Laden mit fair gehandelten Produkten sowie drei Tauschbörsen. Dabei setzt Mittendrein die untersuchten Fallbeispiele in Bezug zur ökonomischen, sozialen und politischen Krise in Griechenland und identifiziert verschiedene, vor dem »Spannungsfeld von Selbsthilfe und Transformation« erzeugte Potentiale der Projekte (Mittendrein 2013: 171). Neben einer kollektiven »Krisenbewältigung« und »Selbstermächtigung« arbeitet Mittendrein »Wertewandel und Solidarität« und ein nicht-profitorientiertes Wirtschaften bzw. ein Verständnis von »Wirtschaft als soziale Beziehung« als transformatorische Potentiale der Projekte heraus (Mittendrein 2013: 171–181). Die Forschungsarbeiten von Dario Azzellini und Marina Sitrin, thematisieren zwar nicht vordergründig die Selbstorganisierungsprozesse in Griechenland, zeigen aber entlang ihrer empirischen Analysen zu selbstverwalteten Betrieben weltweit, wie sich über die untersuchten Projekte neue Formen von Arbeit herausbildeten. Diese neuen Arbeitsformen zeichnen sich durch direktdemokratische Entscheidungsprozesse, kollektive Formen von Eigentümer*innenschaft sowie durch »neue Formen sozialer Beziehungen« aus (Azzellini/Sitrin 2014: 107; Azzellini 2016: 86).

2.2 Theoretisches Vorverständnis

Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt wurde, wird die Entstehung langfristiger Strukturen in Griechenland (2008–2015) in aktuellen Forschungsarbeiten vor allem auf die Ausbreitung sozialer Not infolge der Krisenmaßnahmen zurückgeführt. Weitgehend unberücksichtigt bleibt in diesen Arbeiten eine die Krisenproteste und Selbstorganisationsprozesse als Gesamtprozess fokussierende Analyse – selbst, wenn mehrere Forschungsarbeiten auf einen engen Zusammenhang zwischen den Krisenprotesten und der Entstehung langfristiger Strukturen hinweisen. Auch der Umfang der aus meiner Masterarbeit gewonnenen Daten ist eher klein und beschränkt sich auf den Untersuchungszeitraum 2008–2009. Bei der Entwicklung eines für meine Analysen relevanten theoretischen Vorverständnisses stütze ich mich daher auf Theoriekonzeptionen, die die Zusammenhänge zwischen Protest und Selbstorganisation hervorheben.

Für gewöhnlich werden Sozialwissenschaftler*innen, die empirische Forschung zu sozialen Bewegungen betreiben, im Theoriebestand der Bewegungsforschung fündig. Was den Transformationsgedanken betrifft, so wurde dieser in den letzten Jahrzehnten von der Bewegungsforschung allerdings stark vernachlässigt. Dabei kann das geringe Forschungsinteresse an der genannten Thematik zum einen auf die sozialen Bewegungen selbst zurückgeführt werden. Diese haben sich nach 1968 »kaum mehr um radikale Alternativen zum Bestehenden« bemüht (Rucht 1999: 19; s.a. Haunss 2009: 32). Diese Entwicklung liegt dem Bewegungsforscher Dieter Rucht (1999: 19) zufolge auch daran, dass soziale Bewegungen »in dem Maße obsolet geworden« seien, »wie relativ vernünftig ausgestaltete, weil im Prinzip ergebnisoffene und auf demokratischen Prinzipien beruhende Institutionen und Verfahren etabliert worden sind«. Diese Überlegungen mö-

gen teilweise zutreffen. Allerdings deuten mehrere empirische Forschungsarbeiten darauf hin, dass seit den 1970er Jahren sowohl in Westeuropa als auch in anderen Teilen der Welt, transformatorische Bestrebungen sozialer Bewegungen stattgefunden haben (Gibson/Graham 2006; Holloway 2010; Zibechi 2010; Azzellini/Ness 2012a; Sitrin 2012, Schaumburg 2013; Azzellini 2018). Zu diesen Bewegungen zählen die Rätebewegung im Iran 1979, die Rätebewegung in Portugal 1974/1975, die Fabrikbesetzungen in Großbritannien in den 1970er Jahren, Selbstverwaltungen von Fabriken in den USA und in Italien, die betrieblichen Selbstverwaltungen Anfang des 21. Jahrhunderts in Argentinien, Uruguay, Venezuela und in Brasilien sowie die Zapatistas-Bewegung in Mexiko (Hofmann/Lichtenberger 2011; Azzellini 2018: 229). Insbesondere die Zapatistas-Bewegung gilt mit ihrer »neuen politischen Imagination« (Gibson/Graham 2006: iix) für viele soziale Bewegungen, die auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft abzielen, als Referenzpunkt. Die Vernachlässigung des Transformationsgedankens in der Bewegungsforschung lässt sich somit nicht nur damit begründen, dass die sozialen Bewegungen ab den 1970er Jahren das Interesse an gesellschaftlicher Transformation verloren hätten. Vielmehr zeigte die Bewegungsforschung bis vor Kurzem noch wenig Interesse an den transformatorischen Potentialen sozialer Bewegungen (Barker et al. 2013: 5–6), bzw. scheint sie seit den 1970er Jahren eine »zunehmend institutionalisierte und systematische Repräsentation« von Bewegungen eingenommen zu haben (Cox 2013: 125, s.a. Della Porta 2013: 125–126; Barker et al. 2013: 6).

Selbst mit dem Aufkommen der »Platzproteste der 2010er Jahre« (Kim/Nonhoff 2022), die deutlich gezeigt haben, dass gesellschaftliche Transformation zu den zentralen Anliegen sozialer Bewegungen gehört (Rucht 2002; Teune 2012; Cox 2013; Haunss/Ullrich 2013: 14; Ullrich 2015; Hagemann et al. 2019), scheint sich »in der Bewegungsforschung derzeit noch kein neuerlicher Paradigmenwechsel« abzuzeichnen (Beyer/Schnabel 2017: 191; s.a. Haunss/Ullrich 2013). Zwar sind insbesondere seit den weltweiten Platzbesetzungen 2011 eine Vielzahl an empirischen Beiträgen entstanden, die das Augenmerk auf die transformatorischen Aspekte sozialer Bewegungen richten (Sitrin 2012; Sitrin/Azzellini 2014; Huke 2016; Mullis 2017; Tsomou 2018; Tietje 2018). Neue Theoriekonzepte³ entwickeln sich allerdings nur sehr zaghaft und in den meisten empirischen Forschungsarbeiten über soziale Bewegungen werden aktuelle Entwicklungen in bereits bestehende Theorierahmen integriert (Beyer/Schnabel 2017: 191; Hagemann et al. 2019: 23). Dabei bieten die gängigen Theorien sozialer Bewegungen – Theorien der Massenpsychologie (Le Bon 1950; Kornhauser 1959), Theorien des kollektiven Handelns (Smelser 1962; Olson 1968; Blumer 1969; Gurr 1972; Turner/Killian 1972), Theorien rationaler Wahl (McCarthy/Zald 1977; Tilly 1978; McAdam 1999), Theorien der politischen Gelegenheitsstrukturen (Eisinger 1973; Tarrow 1998), Theorien der Neuen Sozialen Bewegungen (Touraine 1985; Melucci 1989), der *Framing*-Ansatz (Goffman 1974; Benford/Snow 2000) sowie der *Dynamics of Contention*-Ansatz (McAdam et al. 2001) – zwar geeignete Rahmen zur Untersuchung der Entstehungsbedingungen sozialer Bewegungen. Für die

3 Eine Ausnahme bilden hier Ansätze einer poststrukturalistischen Perspektive auf soziale Bewegungen (Vey et al. 2019).

Analyse der transformatorischen Praktiken und Potentiale sozialer Bewegungen⁴ eignen sich diese Theorien allerdings weniger (Rucht 2002; Della Porta 2013: 132–133; Barker et al. 2013; Hagemann et al. 2019: 18–19). Mit Blick auf aktuelle soziale Bewegungen empfiehlt es sich für empirische Forschungsarbeiten zu sozialen Bewegungen daher möglicherweise, den Analyserahmen zu erweitern; sich für die Analyse nicht nur auf den Bestand gängiger Bewegungstheorien zu stützen, sondern auch an Gesellschaftstheorien anzuknüpfen. Auch die Untersuchungen in dieser Arbeit stützen sich auf Theorien, die üblicherweise nicht zum Theoriebestand der Bewegungsforschung gezählt werden. Gemeint sind hierbei vor allem rätedemokratische Theoriekonzepte (Däumig 1920; Castoriadis 1949, 1950, 1959; Gramsci 1967; Mandel 1971; Gramsci/Togliatti 1980; Albert 2005; Pannekoek 2008). Angesichts einer Verschärfung globaler wirtschaftlicher Krisen sollten diese Theorien für die Analyse sozialer Bewegungen mehr Berücksichtigung finden (Azzellini/Ness 2012b: 12). Denn die entlang empirischer Beobachtungen entwickelten Theorien eignen sich gut, um die Zusammenhänge zwischen Protest und der Entstehung langfristiger selbstorganisierter Strukturen vor dem Hintergrund ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Krisen zu verstehen (Azzellini/Ness 2012b: 11). Entlang geschichtlicher Protestereignisse – Pariser Kommune 1871 (Marx 1960, 1973), russische Revolution 1905 und russische Sowjets 1917/1918 (Trotzki 1931), Rätebewegung in Deutschland 1917/1918 (Korsch 1980; Oertzen 1963) und Italien 1919/20 (Gramsci 1967), Kollektive in Spanien 1936–39 (Rama 1968) und Ungarn-Aufstand 1956 (Castoriadis 2016) – zeigen rätedemokratische Theoriekonzepte, wie Protestakteur*innen sich in ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisenzeiten von institutionalisierten Protestakteur*innen abwenden und sich selbstorganisierten Protestformen wie Streikkomitees, Arbeiter*innenräten und Betriebsbesetzungen zuwenden, die wiederum in der dauerhaften Selbstverwaltung von Arbeitsplätzen und anderen gesellschaftlichen Bereichen münden. Die Entstehung und Verstetigung selbstorganisierter Strukturen setzen diese Ansätze somit in direkten Bezug zu Protesten, die ebenfalls in hohem Maße selbstorganisiert sind.

Bei dem Philosophen, Psychoanalytiker und Gesellschaftstheoretiker Cornelius Castoriadis, für dessen Ideen sich – anders als die deutsche Bewegungsforschung und Sozialforschung allgemein⁵ – die griechischsprachige Bewegungsforschung seit

4 Ausnahmen bilden unter anderem die Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels (Marx/Engels 1972, 1978) sowie die Arbeiten von E.P. Thompson (1969), Charles Tilly (1978, 1994, 2004) und Alain Touraine (1981, 1985).

5 In der deutschen Bewegungsforschung sind die Theoriebeiträge von Cornelius Castoriadis weitgehend unbemerkt und marginalisiert. Die Gründe dafür reichen von einer außerordentlichen Komplexität und »Multidisziplinarität« der Castoriadischen Werke bis hin zu deren prekären Verfügbarkeit in deutscher Sprache (Sörensen/Agriopoulos 2016: 3; s.a. Breckmann 2012).

dem Aufkommen der Platzbewegungen der 2010er Jahre vermehrt interessiert⁶ (Schismenos/Ioannou 2014; Mentis 2017), sind die Zusammenhänge zwischen Protest und der Entstehung langfristiger Strukturen besonders ausführlich untersucht. In seinen historischen Analysen bezieht sich der Autor auf Protestereignisse, die in ökonomischen und gesellschaftlichen Krisen verortet sind, wie die russischen Sowjets 1905, die russische »Februar-Revolution«⁷ 1917 (Castoriadis 2006: 190), und »Katalonien 1936/37« (Castoriadis 1984: 137). Seine Thesen einer Neuorientierung der Arbeiter*innenbewegung (Castoriadis 1959: 129) sieht Castoriadis jedoch insbesondere durch die europäische Arbeiter*innenbewegung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigt; die Streikbewegung in »Ungarn 1956« (Castoriadis 2016), die »Belgischen Streiks« 1959/60 (Castoriadis 1993c: 3–6) und »die Minenstreiks« in Frankreich 1961/1962 (Castoriadis 1993b: 76–79). Diese Streikbewegungen verkörpern für Castoriadis eine »neue Form kollektiver demokratischer Selbstorganisation« (Castoriadis 2006: 190, s.a. 1950: 172), die sich durch zwei wesentliche Merkmale auszeichnet: Erstens eine Kritik der bestehenden Ordnung (Castoriadis 1959: 127), die eine Hinterfragung der »traditionellen Organisationsformen« (Castoriadis 1963: 166, s.a. 1959: 129, 1950: 169) miteinschließt, und zweitens die daraus resultierenden Versuche eines demokratischen Neuaufbaus der Gesellschaft (Castoriadis 1959:127–144, 1963, 1993a).

Castoriadis beobachtete, dass die Arbeiter*innen in Ungarn, Belgien und Frankreich ihre Proteste ohne die Unterstützung politischer Parteien und Gewerkschaften organisierten. Anstatt sich mit »symbolischen« 24-stündigen Generalstreiks (Castoriadis 1993c: 3) und einstündigen rituellen »Warnstreiks« (Castoriadis 1963: 168) zufriedenzugeben, nahmen die Arbeiter*innen »die Dinge in ihre eigenen Hände« (Castoriadis 1993c: 4). Selbstorganisiert initiierten sie wilde Streiks und bildeten Streikkomitees (Castoriadis 1993c: 5). Diese Selbsttätigkeit deutet Castoriadis als Herausbildung eines neuen Bewusstseins der Arbeiter*innen. Die Arbeiter*innen erkannten, dass die »traditionellen Organisationen« (Castoriadis 1959: 107) – Gewerkschaften und Parteien – nicht ihre eigenen Interessen, sondern die der herrschenden Ordnung repräsentieren, weshalb die Arbeiter*innen die traditionellen Organisationen und ihre hierarchischen Organisationsformen hinterfragten und sich von diesen abwendeten (Castoriadis 1949: 82, 1959: 128, 1963: 159). Castoriadis zufolge führt solch eine Bewusstseinsbildung in Zeiten ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Krisen sehr wahrscheinlich dazu, dass die Arbeiter*innen versuchen, die Bereiche der Arbeit und Produktion sowie andere gesellschaftlichen Bereiche selbst zu organisieren (Castoriadis 1963: 163, 1984: 137; Castoriadis/Mothé 1992: 23). So hinterfragten die Arbeiter*innen infolge der Erschöpfung

6 Anlässlich des 20. Todestags von Castoriadis organisierte der Fachbereich Politikwissenschaften und Geschichte der Panteion Universität in Athen im Dezember 2017 die internationale Konferenz »Cornelius Castoriadis, 20 years after«. 65 Referent*innen aus aller Welt debattierten dabei Fragen rund um die Aktualität Castoriadischer Ideen: »Was sind die neuen Trends innerhalb des kapitalistischen Imaginären? Können die Ideen des Philosophen uns helfen, die moderne Krise unserer Gesellschaften zu überwinden? Welche Perspektiven eröffnet das Castoriadische Projekt für zukünftige theoretische Reflexionen?« (Mentis 2017).

7 Die Russische Revolution ist für Castoriadis die »Februarrevolution«, die Oktoberrevolution dagegen ein »Staatsstreich der bolschewistischen Partei« (Castoriadis 2006: 191).

des Fordismus Anfang der 1970er Jahre zunehmend die Arbeits- und Produktionsorganisation und führten Streiks und Betriebsbesetzungen durch, die in Versuchen der Arbeiter*innen mündeten, die Selbstverwaltung der Produktion zu übernehmen (Castoriadis/Mothé 1992: 23). Besonders ausführlich stellt Castoriadis diesen dauerhaften Prozess der Selbstorganisation am Beispiel der ungarischen Arbeiter*innenräte Mitte der 1950er Jahre dar (Castoriadis 2016). So organisierten sich die ungarischen Arbeiter*innen binnen weniger Protesttage in jederzeit abwählbaren Räten, legten die Arbeitsweise selbst fest und begannen mit der Selbstverwaltung der Betriebe und anderer Gesellschaftsbereiche (Castoriadis 2016: 67–103).

Castoriadis betrachtet die Selbstorganisationsprozesse und die daraus hervorgehenden selbstverwalteten Strukturen als erste Schritte in eine radikale Neugestaltung von Gesellschaft (Castoriadis 1950: 97, 2016: 17). Zudem sind sie für ihn Bausteine eines politischen Gegenprojekts zum Kapitalismus, insofern, als dass sie auf eine Aufhebung der hierarchischen Organisierung moderner kapitalistischer Gesellschaften abzielen (Castoriadis 1972: 17, 34, 2016: 69). Castoriadis, dessen Kapitalismusverständnis über eine ökonomische Klassenspaltung hinausgeht, sieht in den kapitalistischen Gesellschaften eine »antagonistische Teilung« der gesamten Gesellschaft in die Kategorien »Leitende und Ausführende« (Castoriadis 1950: 96, s.a. 1963: 160) sowie die »Reproduktion« dieser Aufteilung vorliegen (Castoriadis 1972: 34). Eine gesellschaftliche Gruppe, die kapitalistische Bürokratie,⁸ fungiert als Entscheidungs- und Leitungsträger in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft – von der Administration, der Arbeit und der Produktion bis zur Erziehung und zur Wissenschaft (Castoriadis/Mothé 1992: 3, Castoriadis 1972: 33). Die Gruppe der Ausführenden, die Arbeiter*innen, führe dabei lediglich die Entscheidungen und Befehle der Leitungsschicht aus. Die Gruppe der Ausführenden könne nicht für sich selbst entscheiden, sei »aller Information entzogen, ohne den Überblick über die Lage und die Probleme der Organisation« (Castoriadis 1959: 121) und müsse ihre »Entscheidungsmacht« an kompetente Spezialist*innen und Repräsentant*innen veräußern, die die Ausführenden nicht wirklich repräsentierten (Castoriadis/Mothé 1992: 5; s.a. Castoriadis 2016: 24–25). Diese hierarchische Spaltung erzeuge einen ständig wiederauflebenden Konflikt zwischen den beiden Kategorien (Castoriadis/Mothé 1992: 8), der sich in der Arbeitsorganisation bzw. im Bereich der Produktion besonders deutlich zeige (Castoriadis 1972: 16, 2016: 69). Die kapitalistische Bürokratie leite und kontrolliere die Produktion, während die Arbeiter*innen, lediglich die Befehle der Leitungsschicht ausführten. Die Arbeiter*innen seien vom Produktionsprozess nicht gänzlich ausgeschlossen, könnten aber auch nicht wirklich über den Produktionsprozess und die Produktionsmittel bestimmen (Castoriadis 1972: 16). Castoriadis zufolge kann dieser Entfremdungszustand (Castoriadis 1984: 226), der sich in allen Gesellschaftsbereichen ausdrückt, nur durch eine »Protestbewegung« aufgehoben werden, die »auf allen Ebenen des sozialen Lebens« bestrebt ist, »die instituierten Formen der Organisation und des Handelns in Frage zu stellen« (Castoriadis 1972: 35) und die für sich beansprucht, die Organisierung der Gesellschaft und insbesondere die Verwaltung der Produktion selbst zu verwalten (Castoriadis 1984: 137, 1972: 17).

8 Dazu zählen der Staat »als zentraler Ausdruck der Beherrschung der Gesellschaft« und »die führenden Schichten aller Sphären gesellschaftlicher Tätigkeit« (Castoriadis 1963: 159).

2.3 Zentrale Begriffe

2.3.1 Demokratische Selbstorganisation

In dieser Arbeit verwende ich den Begriff ›demokratische Selbstorganisation‹, den ich entlang des Selbstorganisationsverständnisses von Castoriadis konzeptualisiert habe. Castoriadis selbst führt in seinen Schriften häufig nur den Begriff ›Selbstorganisation‹ auf. Die Begriffe Selbstorganisation und Demokratie werden von Castoriadis synonym verwendet (Castoriadis 1959: 113–114, 2002, 2006:183–185). Im Sinne von Castoriadis liegt dem in dieser Arbeit verwendeten Begriff ›demokratische Selbstorganisation‹ somit ein Pleonasmus inne. Trotzdem habe ich mich dafür entschieden, von ›demokratischer Selbstorganisation‹, anstatt nur von ›Selbstorganisation‹ zu sprechen, weil der Terminus ›demokratische Selbstorganisation‹ es ermöglicht, die demokratischen Praktiken der sozialen Bewegungen in Griechenland (2008–2015) expliziter abzugrenzen von politischen Praktiken antidemokratischer bzw. faschistischer, neonazistischer und rechtsradikaler Bewegungen. Das Konzept der Selbstorganisation von Castoriadis betrachte ich aus mehreren Gründen als besonders geeignet für meine Analysen. Erstens ist der Begriff der Selbstorganisation bei Castoriadis umfassend ausgearbeitet – in den Frühwerken als »Selbstverwaltung« der Arbeiter*innen und »Selbstorganisation« der Gesellschaft (Castoriadis 1950, 1959, 1963, 1972) und in späteren Arbeiten als »Entwurf«⁹ des »Radikalen Imaginären« und der »instituierenden Gesellschaft« (Castoriadis 1984).

Zweitens hat Castoriadis ein erweitertes Verständnis von Selbstorganisation, vor dessen Hintergrund sich die in Griechenland (2008–2015) gegründeten dauerhaften Formen von Selbstorganisation als Bestandteile eines kontinuierlichen, gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses einordnen lassen. So versteht Castoriadis Selbstorganisation nicht als statischen, von seinem »Umfeld« und seiner »Vergangenheit« isolierten Zustand, sondern als »gesellschaftlich-geschichtliche Aktivität« (Castoriadis 2016: 77), welche »in einer tiefen organischen Verbindung« mit den Ereignissen der Vergangenheit steht (Castoriadis 2016: 80) und sich über das selbstorganisierte Handeln bis hin zur radikalen »Neuordnung der Gesellschaft« erstreckt (Castoriadis 2016: 80). Drittens besitzen die sozialen Bewegungen in Griechenland (2008–2015) ein ebenso emanzipatorisches Verständnis von Selbstorganisation wie Castoriadis (Schismenos/Ioannou 2014; s.a. Tarinski 2016; Kornetis/Kouki 2016: 372; Mentis 2017). Die Neuorganisation und Veränderung von Gesellschaft sind für Castoriadis Produkte menschlichen, kollektiven Handelns (Castoriadis 1984: 13, 2006: 136), dem Castoriadis eine kreative Dimension zuschreibt, nämlich die Fähigkeit zur »radikalen Imagination« (Castoriadis 1984: 607). Dass sich auch die sozialen Bewegungen in Griechenland (2008–2015) dieser Fähigkeit bewusst waren, zeigt mitunter der von ihnen oft verwendete Slogan, der sich

9 Der Begriff »Entwurf« ist zentral bei Castoriadis. Er ist »das Element der Praxis und überhaupt aller Aktivität« (Castoriadis 1984: 132). Entwurf ist nicht zu verwechseln mit »Plan« und meint »die Absicht einer Veränderung des Realen, geleitet von einer Vorstellung vom Sinn dieser Veränderung, orientiert an den tatsächlichen Bedingungen und bestrebt, eine Aktivität in Gang zu setzen« (Castoriadis 1984: 132).

auch im Titel dieser Arbeit wiederfindet: »Wir nehmen unsere Leben in unsere eigenen Hände«.

In Anlehnung an Castoriadis kann demokratische Selbstorganisation auf einer abstrakteren Ebene zunächst definiert werden als »die explizite Selbstinstitution der Gesellschaft durch bewusstes, kollektives, demokratisches Handeln« (Castoriadis 2006: 188). Selbstorganisation beschreibt also ein gesellschaftliches und politisches »Tun der Menschen in der Gesellschaft« (Castoriadis 1984: 609), wobei dieses Tun kein bloßes Tun ist, sondern eine kollektiv,¹⁰ dauerhaft und bewusst ausgeführte Tätigkeit (Castoriadis 1990: 306, 2007: 74); die »permanente und explizite Selbstinstitution der Gesellschaft«, bei der »die Gemeinschaft weiß, dass ihre Institutionen ihre eigenen Schöpfungen sind und sie in der Lage ist, sie als solche zu behandeln, d.h. sie zu überdenken und zu verändern« (Castoriadis 2007: 54, s.a. 1990: 316, 2002, 2006: 194). Selbstorganisation ist bei Castoriadis also keine einmalige Handlung, sondern eine kontinuierliche transformatorische Praxis (Castoriadis 1972: 44); die ständige Neuinstitutionierung und »fortwährende Selbstveränderung« von Gesellschaft (Castoriadis 1984: 605). Die »Neuorganisation von Gesellschaft« (Castoriadis 1984: 132) erfolge dabei in der »Infragestellung der bestehenden Institutionen« (Castoriadis 2006: 47) und ihren »imaginären Bedeutungen« (Castoriadis 2006: 189). Selbstorganisation besitzt bei Castoriadis somit eine antagonistische Dimension. Sie ist ein politisches Gegenprojekt zu den bestehenden gesellschaftlichen Institutionen, die für gewöhnlich durch einen Entfremdungszustand gekennzeichnet sind. Laut Castoriadis (2006: 122) handelt es sich bei der Mehrheit der bisher existierten Gesellschaften um entfremdete, bzw. »heteronome Gesellschaften«¹¹. Diese seien zwar selbstinstitutioniert, verkennten allerdings »ihr eigenes Sein als Selbst-Institution« (Castoriadis 1984: 608, s.a. 2006: 47). Sie bestünden in dem Glauben, dass ihre Institutionen ihr von außen auferlegt wurden, so dass sie sie nicht mehr als ihre eigene Schöpfung wahrnehmen und somit auch nicht als hinterfragbar und veränderbar (Castoriadis 1984: 608, 2006: 122). In diesem Zustand der »Selbstentfremdung« (Castoriadis 1984: 608) haben sich die eigens geschaffenen Institutionen den heteronomen Gesellschaften gegenüber verselbständigt bzw. sich von diesen entfremdet¹² (Castoriadis 1984: 226). Castoriadis (1972: 44, 1984: 609, 2006: 151) zufolge kann dieses entfremdete Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Institutionen nur durch die Praxis der Selbstorganisation und der Neusetzung der Institutionen durchbrochen werden.

Diese eher abstrakten theoretischen Überlegungen zur Selbstorganisation wendet Castoriadis auf konkrete geschichtliche Kontexte an. Am Beispiel europäischer Protestbewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt er, wie die Bewegungen

10 Für Castoriadis, der von einer »erweiterten Intersubjektivität« des Gesellschaftlichen (Castoriadis 1984: 184) ausgeht, also von der Annahme, dass »die menschliche Existenz eine gemeinsame Existenz ist« (Castoriadis 1984: 184), ist die volle Entfaltung von Selbstorganisation »nur als kollektives Unternehmen denkbar« (Castoriadis 1984: 183, s.a. 2006: 49).

11 Unter heteronomen Gesellschaften versteht Castoriadis Gesellschaften, deren Mitglieder überzeugt sind, »dass sie sich ihr Gesetz nicht selbst geben können – eben das bedeutet *Autonomie* – sondern, dass dieses Gesetz bereits von jemand anderem erlassen worden ist« (Castoriadis 2006: 122, H.i.O.).

12 Nicht das Wesen der Institutionen, »sondern das Verhältnis einer Gesellschaft zu ihren Institutionen ist damit« bei Castoriadis »entscheidend für die Frage der Entfremdung« (Joas 1989: 595).

die bestehenden Institutionen der westlichen Demokratien infragestellten und auf sehr praktische Weise versuchten, direktdemokratische Gegenmodelle zu etablieren (Castoriadis 1949, 1950, 1959, 1972). In seinen Analysen zu Protestbewegungen arbeitet der Autor dabei wesentliche Prinzipien einer demokratisch-selbstorganisierten Gesellschaft heraus. Diese werden im Folgenden aufgeführt. Sie sollen als empirische Analysekatoren für die in dieser Arbeit untersuchten Selbstorganisationsprozesse und die daraus hervorgegangenen langfristigen Strukturen gelten.

2.3.1.1 Kollektives und bewusstes Selbstentscheiden

Ein wesentliches Merkmal und Kriterium der demokratisch-selbstorganisierten Gesellschaft ist das kollektive und bewusste Selbstentscheiden über sämtliche Angelegenheiten, die die Gesellschaft betreffen. Sämtliche Entscheidungen werden per Mehrheitsentscheid (Castoriadis 1959: 100) vom »gesamten Kollektiv der betroffenen Personen gefällt, das heißt von der Vollversammlung des »politischen Körpers« (ob Fabrik, Behörde, Universität oder Stadtviertel)« (Castoriadis 2016: 83). Diese kommt regelmäßig zusammen und entscheidet »direkt über alle wichtigen Fragen« (Castoriadis 1950: 100). Die »Entscheidungsmacht« liegt »bei der Vollversammlung« und wird nicht auf Repräsentant*innen übertragen (Castoriadis 2016: 83, s.a. 1959: 110). Es gibt die Möglichkeit, Delegierte zu bestimmen, »die die Entscheidungen umsetzen« (Castoriadis 2016: 83). Diese sind allerdings an den Willen der Vollversammlung gebunden »und jederzeit abwählbar« (Castoriadis 2016: 83, s.a. 1950: 100, 1959: 138). Auf diese Weise wird verhindert, dass politische Organe, wie beispielsweise politische Parteien, »Macht- und Regierungsaufgaben übernehmen« (Castoriadis 1959: 110). Die »instituierte Spaltung« zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten (Castoriadis 2016: 83, *H.i.O.*) wird durch die Gleichverteilung der Entscheidungsmacht ebenso abgeschafft wie der Staat in seiner Form »als ein von der Gesellschaft abgetrennter und unabhängiger Führungsapparat« (Castoriadis 1950: 100, s.a. 1972: 31). Wichtig ist für Castoriadis nicht nur »die Form, in der die Entscheidungen getroffen werden, sondern die Gesamtheit des Prozesses, durch den [...] Entscheidungen« gefällt werden (Castoriadis 1959: 139). Für Castoriadis ergibt die Demokratie »nur einen Sinn, wenn diejenigen, die entscheiden sollen, dies im Wissen um die Sache tun können« (Castoriadis 1959: 139). Nur wenn »in Kenntnis der Sachlage« entschieden wird, können Entscheidungen bewusst getroffen werden (Castoriadis 1963: 145). Das bewusste Entscheiden ist dabei nur durch »eine aktive permanente *Partizipation* der Gesamtheit der Mitglieder« (Castoriadis 1963: 139, *H.i.O.*) einer Gesellschaft möglich.

2.3.1.2 Aktive und ständige Partizipation

Diese aktive und ständige Partizipation aller ist ein weiteres zentrales Merkmal der demokratisch-selbstorganisierten Gesellschaft. Sie trägt »zu der Entwicklung des Bewusstseins« aller »in allen Bereichen« bei (Castoriadis 1959: 131). Indem die Mitglieder einer Gesellschaft ständig und aktiv »an den öffentlichen Angelegenheiten« teilhaben (Castoriadis 1990: 307), erreichen sie »einen hohen Grad an sozialem und politischem Bewusstsein« und erkennen, dass sie fähig sind, die Gesellschaft selbst zu verwalten und die gesellschaftlichen Herausforderungen selbst zu bewältigen (Castoriadis 1959: 111). Nur wenn »die Menschen praktisch erfahren, dass ihre alltägliche Existenz entscheidend von ihrer aktiven Beteiligung an der Ausübung der Macht abhängt, [...] werden sie

zu dieser Beteiligung bereit sein« (Castoriadis 2016: 85). Umgekehrt begünstigt »jeder Versuch, einen ›Teil‹ dieser Macht auf andere Instanzen (Parlament, ›Partei‹ usw.) zu übertragen, [...] unweigerlich die gegensätzliche Tendenz zu abnehmender Beteiligung, nachlassendem Interesse an den Gemeinschaftsangelegenheiten und am Ende zur Apathie« (Castoriadis 2016: 85).

2.3.1.3 Ständiges Infragestellen des Bestehenden und Streben nach dem Neuen

Drittens zeichnet sich die demokratisch-selbstorganisierte Gesellschaft durch ein ständiges Infragestellen und Neusetzen ihrer eigenen Institutionen aus. In diesem Aspekt unterscheidet sich die selbstorganisierte Gesellschaft von den bis heute mehrheitlich bestehenden heteronomen Gesellschaften, die die rationalisierte Vorstellung verkörpern, dass keine andere als die bestehende Form von Gesellschaft möglich ist (Castoriadis 2006: 25–26, 88–89). Dagegen ist die demokratisch-selbstorganisierte Gesellschaft keine Gesellschaft mit »ein für allemal gegebenen guten Institutionen«, sondern eine, die sich »kontinuierlich selbst instituiert« (Castoriadis 1972: 44). In der demokratisch-organisierten Gesellschaft wird »die Frage nach der Gültigkeit des Gesetzes« somit »ständig offengehalten« (Castoriadis 1972: 45).

2.3.1.4 Umwandlung des Bereichs der Arbeit

Viertens bezieht sich der Prozess der Neuinstitutionierung in der demokratisch-selbstorganisierten Gesellschaft insbesondere auf den Bereich der Arbeit und deren »Umgestaltung« (Castoriadis 2007: 110). In der selbstorganisierten Gesellschaft bestimmen die Mitglieder eines Betriebs selbst über den Arbeits- und Produktionsprozess, wodurch sie »neue Beziehungen« untereinander sowie einen neuen »*Inhalt* der Arbeit« kreieren (Castoriadis 2007: 111, *H.i.O.*). Die Veränderung der Arbeit bzw. die Veränderung des Verhältnisses der Mitglieder zu ihrer Arbeit setzt dabei u.a. voraus, dass alle Mitglieder eines selbstverwalteten Betriebs die gleichen Löhne erhalten (Castoriadis 2007: 111). Erst durch die Einführung gleicher Löhne (Castoriadis/Mothé 1992: 20, 1950: 100) kann »die Produktion an den Bedürfnissen der Allgemeinheit« ausgerichtet (Castoriadis/Mothé 1992: 21) und der »ökonomische Zwang« bzw. die »von außen auferlegte Disziplin in der Produktion« abgeschafft werden (Castoriadis 2007: 112).

2.3.2 Soziale Bewegungen

Für die Analyse der Krisenproteste und Selbstorganisierungsprozesse in Griechenland (2008–2015) stütze ich mich in dieser Arbeit auf einen Begriff sozialer Bewegungen, der das Kriterium der gesellschaftlichen Transformation als kennzeichnendes Merkmal sozialer Bewegungen anerkennt und die in jüngeren Analysen zu den Platzbewegungen der 2010er Jahre herausgearbeiteten Merkmale sozialer Bewegungen berücksichtigt. Bei Dieter Rucht findet sich eine geeignete Begriffsdefinition, die um einige weitere, die aktuellen Protestbewegungen kennzeichnenden Merkmale ergänzt werden soll:

»Eine *soziale Bewegung* ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organi-

sationen, welche sozialen Wandel¹³ mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen« (Rucht 1994: 76–77, H.i.O.).

Der Definition von Rucht zufolge zeichnen sich soziale Bewegungen somit *erstens* durch Kollektivität und *zweitens* durch einen gesellschaftlichen Veränderungsanspruch aus. Ein *drittes* wesentliches Kriterium sozialer Bewegungen, das in Ruchts Definition ausbleibt, ist der antagonistische Konflikt. Dieser wird vor allem aus marxistischen¹⁴ (Haunss 2005: 2; Cox 2013) und poststrukturalistischen Perspektiven (Vey et al. 2019) als kennzeichnende und konstituierende Kategorie sozialer Bewegungen thematisiert (Landau 2019: 213). So seien soziale Bewegungen nicht nur »Träger gesellschaftlichen Wandels«, sondern auch »Ausdruck antagonistischer gesellschaftlicher Konflikte« (Haunss 2005: 3).

Bei den Platzprotesten der 2010er Jahre äußerte sich dieser antagonistische Konflikt durch eine allgemeinere Kritik an der gesamten politischen Ordnung, was zur Folge hatte, dass die Platzbesetzer*innen eine Kooperation mit Parteien und Gewerkschaften weitgehend verweigert haben (Hofmann/Lichtenberger 2011; Candeias/Völpel 2014: 163). Das Kriterium Konflikt führt unmittelbar zum *vierten* wichtigen Charakteristikum sozialer Bewegungen, nämlich ihrem hohen Ausmaß an Selbstorganisation. Wie sich in den Krisenprotesten in Griechenland (2008–2015), aber auch in den weltweiten Platzbesetzungen 2011 gezeigt hat, können soziale Bewegungen sich eben ohne die Unterstützung institutionalisierter Protestakteur*innen organisieren. *Fünftens* können soziale Bewegungen ideologisch und sozialstrukturell sehr vielfältig zusammengesetzt sein (Kastner 2012: 55; Candeias/Völpel 2014: 12). Die kollektive Identität sozialer Bewegungen konstituiert sich somit nicht zwingend über einheitliche ideologische und soziale Hintergründe, sondern kann sich über gemeinsame politische Praktiken, Ziele und (ant)agonistische Grenzziehungen zu politischen Gegenspieler*innen herausbilden (Laclau/Mouffe 2001; Landau 2019: 213–214). *Sechstens* handelt es sich bei sozialen Bewegungen nicht immer um demokratische Bewegungen. Auch anti-demokratische Bewegungen, wie die »Alte Rechte und der Faschismus, aber auch die Neue Rechte entsprechen zumindest teilweise und phasenweise den [...] Merkmalen einer sozialen Bewegung« (Rucht 2002: 9; s.a. Barker 2013: 49).

Insgesamt sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Begriff soziale Bewegungen mit Blick auf die Krisenproteste in Griechenland (2008–2015) nicht zu eng gefasst werden darf. Als Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland betrachte ich in dieser Arbeit ein breites Spektrum an diversen Protestakteur*innen, die sich an den Krisenprotesten (2008–2015) beteiligten. Dazu gehören sowohl Gewerkschaftsaktivist*innen und Mitglieder politischer Parteien der Linken als auch informelle und teils fluide Netzwerke

13 Unter sozialem Wandel versteht Rucht (1994: 77) »eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Ordnung«. Der transformatorische Anspruch schließt dabei nicht aus, dass soziale und politische Rechte (bürgerliche Rechte, wie das Versammlungs- und Wahlrecht sowie universelle Menschenrechte) ebenfalls durch soziale Bewegungen erkämpft werden (Rucht 2002: 3–4; Castoriadis 2006: 179).

14 Die bekannte Formel von Marx und Engels (1972: 462): »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« bringt diese Sichtweise auf soziale Bewegungen und gesellschaftliche Transformation auf den Punkt.

sowie Gruppierungen aus dem anarchistischen/antiautoritären Spektrum und der außerparlamentarischen Linken.

In Anlehnung an die Bewegungsforscherin Donatella Della Porta (1995: 3) definiere ich »Protest« in dieser Arbeit schließlich als »nicht-institutionalisierte, disruptive Formen kollektiven Handelns«. Als gängige Protestformen gelten neben Demonstrationen, Kundgebungen, Streiks und Besetzungen auch kollektive Formen »politischer Gewalt« (Della Porta 1995), die sich in der Regel gegen die Polizei, staatliche Institutionen und Banken richten (Della Porta 1995: 4). Im Gegensatz zu langfristigen selbstorganisierten Strukturen sind Proteste eher von kurzer Dauer.

2.3.3 Krise – Krisenpolitik – Krisenproteste

Der Begriff »Krise« ist in unserer heutigen Gesellschaft ein omnipräsenter und normativ aufgeladener Begriff. In dieser Arbeit bezieht sich der Begriff »Krise« auf mehrere miteinander verbundene Krisendimensionen – ökonomische, soziale und politische –, die in Griechenland ab 2008 gemeinsam als »Vielfachkrise« in Erscheinung getreten sind (Demirovic et al. 2011) und die sich infolge des transnationalen Krisenmanagements zur Überwindung der nationalen Staatsschuldenkrise als eine Art Dauerzustand in der griechischen Gesellschaft manifestiert haben. In ihrer politischen Dimension hat diese »endlose Krise« (Agamben 2013) in Griechenland die Form einer staatlichen »Legitimationskrise« (Habermas 1973, s.a. Offe 1973). Legitimationskrise bezieht sich hier auf den Legitimationsverlust des Staates, welcher in Griechenland (2008–2015) als nicht länger gerecht und richtig anerkannt wurde.

»Krisenpolitik« bezieht sich in dieser Arbeit sowohl auf die in Griechenland ab Frühjahr 2010 implementierten Krisenmaßnahmen als auch auf die Form, wie diese Krisenmaßnahmen durchgesetzt wurden. Der Begriff Krisenpolitik grenzt sich somit explizit ab vom im öffentlichen Diskurs häufig verwendeten und irreführenden Terminus »Sparpolitik« (Chondros/Zurheide 2015; Krugman/Schumann 2015). Dieser bezieht sich auf staatliche Haushaltskürzungen und vor allem damit verbundene Sozialkürzungen, nicht jedoch auf die unter Verletzung von Souveränitäts- und Arbeitsrechten erfolgten Eingriffe in Gesetze und Verträge (Kassimatis 2011; Fischer-Lescano 2014). »Krisenproteste« bezeichnet in dieser Arbeit somit alle Proteste in Griechenland (2008–2015), die sich gegen die Krisenpolitik gerichtet bzw. ein Ende der Krisenpolitik gefordert haben. Dazu gehören Proteste, die sich gegen die Einführung und Fortsetzung der bzw. gegen staatliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Krisenmaßnahmen richteten.